



Paul Perwitz (31), Physiker, Technikaffin + überwachungskritisch. 1 Kind. Kein Fan von Grenzen, Rassismus + monochromen Wänden



Gerd Riemann (42), Förderlehrer bei freiem Träger, GEW-Mitglied, Basketballlandesmeister 1992/1993. Gegner unschöner Kartoffelaufläufe, also Antifaschist



Mario Thiem (35), Projektmanager + Bildungsreferent. 2 Kinder. In der veganen Szene aktiv gegen rechts. Hip Hop-sozialisiert, Netzaktivist



Micky Haque (48), bayerisch-bangladeshischer Exilant, Diplom-Politologe + Bildungsarbeiter, Betreuer von psychisch kranken Menschen. Ökologische Linke



Viele Menschen haben uns im Wahlkampf geholfen, unter ihnen **Dorothea Becker** und **José Antonio Roque Toimil**. Wir bedanken uns sehr herzlich!



ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

- Wir sind eine **Wähler*innengemeinschaft, keine Partei**
- Wir kandidieren zum **ersten Mal in Berlin**
- Wir kandidieren nur für die **Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Friedrichshain-Kreuzberg**

Kontakt

www.oekolinx-arl.de
Facebook: OekoLinX-Antirassistische Liste
Twitter: @OekoLinX_ARL

e-mail: jutta.ditfurth@t-online.de
V.i.S.d.b.P.: Sascha Jensen,
Boxhagener Str. 87, 10245 Berlin

5

mitteln und Ausflügen schwer. Trotz aller Reformen und Bemühungen vieler engagierter Lehrkräfte überträgt sich so der Bildungserfolg oder -misserfolg der Eltern auf die Kinder. 11,4 Prozent der Schulabgänger*innen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben keinen Abschluss und damit keine realen Berufschancen.

Berlin ist »arm aber sexy«? Nein, Berlin ist grausam zu armen Menschen. Neben dem Bundesrekord an Schulabbrecher*innen, hält Berlin auch den Rekord bei Hartz 4-Sanktionen. Damit treibt die Verwaltung aus geringsten Anlässen insbesondere junge Menschen vorsätzlich in existentiell bedrohliche Situationen und Obdachlosigkeit. Womit sich der Kreislauf des Elends häufig schließt.

Reagieren Menschen wütend und frustriert auf die unerträglichen Verhältnisse, wird ihr Verhalten gern ethnisiert. Es wird über (meist erfundene) kulturelle Unterschiede spekuliert, das fällt vielen leichter, als über die soziale Frage, über soziale Schichten und Klassenunterschiede nachzudenken. Nutznießer der herrschenden Politik sind rechtsradikale Kräfte, die aufbauend auf den Abstiegsängsten des Bürgertums und

der Wut der Abgehängten versuchen, Menschenfeindlichkeit zu schüren.

Wir kritisieren scharf die angedrohte Räumung der Geflüchteten in der Gerhard-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße durch die grüne Bürgermeisterin Monika Herrmann. Den Text gegen die scheinheiligen Formen des Rassismus' im grünen Bürgertum findet Ihr auf unseren Seiten im Netz.

»... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Marx)

Wir sind gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und sonstige Menschenfeindlichkeit. Kein Fußball für Rassist*innen, Antisemit*innen, völkische Querfront, Neo-Nazis, Graue Wölfe, Islamist*innen, fundamentalistische Lebensschützer*innen und AfD. Wir kämpfen u.a. für das

6

* LBGTIQ: die englische Abkürzung steht international für Lesbian, Bisexual, Gay, Transgender, Intersexuals und Queer, also für Menschengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihrer Lebensweise von Diskriminierung und Angriffen betroffen sind.

Selbstbestimmungsrecht von Frauen, LBGTIQ*, Migrant*innen und Geflüchteten.

Gegen soziale Proteste und rebellische Menschen schickt der SPD/CDU-Senat gern hochgerüstete Polizei, in die Rigaer Straße, in Parks und anderswohin. Der CDU-Innenminister lässt Taser (Elektroschock) testen, an denen anderswo schon Menschen gestorben sind. Alle bürgerlichen Parteien sind unfähig – und meist auch unwillig –, die sozialen Probleme zu lösen, die durch ihre Politik verursacht werden. Sie setzen stattdessen auf Repression und Überwachung. **Wir aber stehen gegen Repression und Überwachung, gegen Sicherheitswahn und Polizeiwillkür für ein freies, selbstbestimmtes Leben.**

ÖkoLinX-Antirassistische Liste kandidiert zum ersten Mal in Friedrichshain-Kreuzberg. Wir sind eine Wähler*innengemeinschaft, keine Partei.

Zu Naziparteien, CDU und FDP müssen wir nichts weiter sagen. Angesichts des Verfalls der Linkspartei und ihres Abstiegs ins sozialdemokratische Lager, angesichts der restlosen Verbürgerlichung der Grünen, querfrontlastiger Spaßparteien und sonstiger Schiffbrüchiger, machen wir ein Wahlangebot, das Menschenfreund*innen nicht ablehnen können.

Unsere Kandidat*innen arbeiten in sozialen, antirassistischen und antifaschistischen, ökologischen und künstlerischen Projekten und sind aktiv im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Wir wollen die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments nutzen, um die Menschen zu unterstützen, die für ein besseres Leben für alle kämpfen. Wir verbinden außerparlamentarische Arbeit mit der im Bezirksparlament. Unser Ziel ist es, dass Menschen selbst bestimmen können, wie sie leben, wohnen und arbeiten. ■



ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

Manifest

- Für soziale Gleichheit und Freiheit, gegen Armut und Diskriminierung
- Für gute und bezahlbare Wohnungen für alle, keine Gentrifizierung und Verdrängung
- Gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie
- Für menschenfreundliche, gesundheitsfördernde ökologische Lebensbedingungen
- Gegen Überwachung und Repression.



1 Devrim Uygun (47)

aufgewachsen auch in der türkischen Community von Kreuzberg. Nachhilfeschülerin, 3 Kinder, Feministin, Antifaschistin und Netzaktivistin (Listenplatz 1)



2 Sascha Jensen (39)

Diplom-Ingenieur, Softwareentwickler, 1 Kind, antiautoritärer Linker, politisch aktiv in der ökologischen Linken (Listenplatz 2)

1 **»Früher hab ich die Grünen gewählt, aber jetzt gehören denen auch Häuser, wo sie unsere Mieten hochtreiben«, erzählt uns eine Frau in Kreuzberg.** Ihre Miete hat sich verdreifacht und ihre erwachsenen Kinder müssen bei ihr wohnen. Die ganze Familie arbeitet für die Miete. Ein junges Paar in Friedrichshain sagt uns: »Wir haben Glück, dass wir noch einen alten Mietvertrag haben, aber wir wissen nicht, wie lange wir noch hierbleiben können.« Wir begegnen Menschen, die von Zwangsäumung bedroht sind und anderen, die ihr früheres Stadtviertel nur noch besuchen. Überall in Friedrichshain-Kreuzberg hören wir die gleichen Geschichten. – Und einigen von uns geht es selbst auch nicht besser.

Wer wenig oder normal verdient, hat Glück, wenn sie oder er sich in Friedrichshain-Kreuzberg noch eine Wohnung leisten kann. Die Miete frisst einen immer höheren Anteil vom Einkommen. Wer arbeitslos wird oder einen schlechter bezahlten Job annehmen muss, verliert oft auch die Wohnung, den Kiez und die Nachbarschaft. Eine Wohnungsanzeige wie »Suche 3-Zimmerwohnung für Familie bis 400 Euro Warmmiete im Boxhagener-, Wrangel- oder Graefekiez« hat

fast die gleiche Chance wie ein Lottoschein.

In diesem Wahlkampf versprechen alle Parteien, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aber wir haben nicht vergessen, dass SPD und Linkspartei als sie von 2002–2011 in Berlin regierten, den Totalausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau beschlossen. **Die »rot-rote« Regierung hat so viele bezahlbare kommunale Wohnungen verschleudert und privatisiert wie keine Regierung vor ihr.**

Sie verkaufte rund 130.000 kommunale Wohnungen an Investmentfonds usw. Die Folgen: Bedrohung der »verkauften« Mieter*innen, unsinnige Modernisierung, Vertreibung durch Mieterhöhung, Umwandlung in luxuriöse Eigentumswohnungen.

Die Grünen sind auch nicht besser. Gegen den erfolgreichen Volksentscheid Spreeufer erlaubte Baustadtrat Hans Panhoff (Grüne) die Hochhausbebauung am Spreeufer. Dort findet selbstverständlich kein sozialer Wohnungsbau statt, sondern die weitere Vertreibung von Mieter*innen mit niedrigem oder normalem Einkommen. Erst die Initiative »Mietvolksentscheid« hat den Senat 2015 gezwungen, wieder in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen.

2 **Wohnen ist Menschenrecht. Wir wollen, gemeinsam mit anderen Projekten und Initiativen, auf der Straße und in der Bezirksverordnetenversammlung so viel Druck aufbauen, dass die Vertreibung gestoppt wird.** Wir brauchen schöne, gesunde, ruhige, barrierefreie, bezahlbare Wohnungen für alte und junge, alteingesessene und zugewanderte, behinderte und nicht behinderte

Menschen. **Wir wollen keinen Ausverkauf! Die Stadt soll den Menschen gehören, die in ihr leben.** Viele Menschen in Berlin haben immer schlechtere Arbeitsbedingungen. Oft ist die vermeintlich selbstbestimmte, kreative Arbeit in Wirklichkeit ungeschützte, ausgelagerte Lohnarbeit. Im Alter drohen Sorgen und Armut.

ÖkoLinX hainberg



Wir haben nicht vergessen, wer schuld an der Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse ist.

Die SPD/Grüne-Bundesregierung (1998–2005) hat die gewaltigste Zerstörung des Sozialstaats seit 1949 beschlossen. Sie hat tariflich abgesicherte Arbeitsplätze demontiert, arbeitende Menschen entrechtet und die Leiharbeit enthemmt. Rot/Grün hat den Niedriglohnsektor so ausgedehnt, dass vielen Arbeitenden ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Gleichzeitig hat die SPD/Grüne-Bundesregierung die Reichen noch reicher gemacht – mit einer ganzen Flut von Steuererleichterungen.

Die Vertreter*innen von Grünen und SPD reden sich heute gern damit heraus, dass »Schröder« oder »Fischer« schuld gewesen seien und die seien ja »weg«. Schröder soll seinen Freund Putin besuchen, Fischer sich in seiner Dahlemer Villa langweilen, das ist uns egal. Tatsache aber ist, dass im Juni 2003 **ein SPD-Parteitag mit 80 Prozent Mehrheit und ein Parteitag der Grünen mit 90 Prozent für das Verarmungsprogramm Agenda 2010/Hartz 4 gestimmt** hat.

3 SPD und Grüne stimmten ausdrücklich der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe zu. Sie verkürzten die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, sie weichten den Kündigungsschutz auf und nahmen das Krankengeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung.

Als SPD und Linkspartei 2002–2011 in Berlin regierten, zerschlugen sie das Gesundheitswesen. Krankenhäuser wurden privatisiert. **Die medizinische Versorgung von Kassenpatient*innen sowie die Arbeitsbedingungen der Krankenhaus-Beschäftigten sind heute auf miserabilem Niveau.** Kranke Menschen erhalten nicht mehr die bestmögliche Therapie. 13.000 Beschäftigte mussten damals auf ihr Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld verzichten, anderenfalls drohten ihnen der »linke« Senat, – unter Wirtschaftsminister Gysi –, sowie die Vivantes-Geschäftsleitung mit Kündigung. Fast 4.000 Vollstellen und etwa 1.000 Ausbildungsplätze wurden gestrichen und es hört nicht auf.

Als die Linkspartei (alias PDS) in Berlin mitregierte, bedeutete das massiven Sozialabbau.

Der Senat strich Zuschüsse für Obdachlose und für Behinderten-einrichtungen (2002), schaffte das Blindengeld ab (2005), beseitigte das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr (2004), um es, wegen der heftigen Proteste, zu einem dreimal so hohen Preis wieder einzuführen. Berlin wurde Vorreiter bei der Abschaffung der Lernmittelfreiheit (2003), erhöhte die Kita-Gebühren (2003), strich den Jugendhilfeeat von 400 Millionen (2001) auf 230 Millionen Euro (2005) und schuf 24.000 Ein-Euro-Jobs. Manchmal fanden sich Ein-Euro-Jobber*innen an jenen Arbeitsplätzen wieder, wo sie zuvor als Festangestellte gearbeitet hatten.

In Friedrichshain-Kreuzberg spiegelt sich die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft. Die Armut ist nicht schwer zu entdecken. Nur wer wohlhabend ist oder von der Politik von CDU, SPD, Linkspartei und Grünen profitiert, kann in exklusiven Lifestylegeschäften sein Großstadtlebensgefühl feiern und mit dem Einkauf in teuren Biomärkten der unteren Mittelschicht und der Unterschicht vorführen, wie menschlich gesund ernähren sollte. So sieht unsoziale Ökologie-Politik aus. Soziale ökologische Politik aber muss sich mit der Luft, die wir atmen, dem Wasser, das wir trinken befassen,

4 aber auch mit den Arbeitsbedingungen der Menschen. Sie muss Gift, Stress, Ausbeutung und Demütigung bekämpfen. Selbstverständlich wollen wir einen kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr, barrierefreien, öffentlichen Raum für spielende Kinder, Fußgänger*innen, alte Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen und ein dichtes, sicheres Radwegenetz und keine A100!

Linke ökologische Politik will ein glückliches und gesundes Leben freier, selbstbestimmter Menschen.

In Berlin ist ein Fünftel der Menschen, oft dauerhaft, auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Viele von ihnen arbeiten, aber ihre Hungerlöhne ernähren sie nicht. Der Staat schießt zu und finanziert die Betriebe und Konzerne. Ein Drittel aller Kinder unter 3 Jahren ist von Hartz 4 abhängig. In den Schulen des Bezirks sitzen neben gut ausgestatteten, geförderten Kindern, Kinder aus Familien in existenzbedrohender Armut. In der Konkurrenz um Lebenschancen und Teilhabe sind Kinder aus der unteren Mittelschicht, der Unterschicht oder aus Migrant*innenfamilien meistens hoffnungslos unterlegen. Ihren Eltern fällt die Finanzierung von Schülern, Lehr-